



Die Blaue Fahne

Alternative Ratspolitik für Bielefeld

Ausgabe 4/ 2022

BIELEFELDER GRÜNE ÜBERWERFEN SICH MIT „FRIDAYS FOR FUTURE“

Eigentlich wollten die Landtagskandidaten der Grünen, Christina Osei und Romy Mamerow, an einer FFF-Demonstration in Bielefeld teilnehmen. Nach nur kurzer Zeit hielten sie es aber nicht mehr aus und flüchteten von der Veranstaltung. Die Begründung: Sogenannte "Hassrede". "Die Art und Weise hat mich wirklich entsetzt, da läuft etwas grundlegend falsch", klagt Mamerow.

Anlass seien Hassparolen gegen Robert Habeck gewesen, der in sei-

ner Funktion als Wirtschaftsminister in Katar Verträge abgeschlossen hat.

Ratsherr und Landtagskandidat der AfD, Maximilian Kneller belächelt die



Reaktion der Grünen: "Die Revolution frisst mal wieder ihre Kinder. Jetzt, wo die Grünen an der Regierung sind und mit Entscheidungen konfrontiert werden, die nicht den utopistischen Denkweisen ihrer militanten Nachwuchsbewegungen entsprechen, gehören sie in den Augen der FFF-Sekte natürlich auch zu den Bösen." Grund zur Sorge für die Grünen sieht Kneller nicht: "Hassfigur Nr.1 bleibt die AfD. Gewalt gegen Politiker und Anhänger wird auch in Zukunft gegen die konservative Opposition ausgeübt werden."

ZAHL DES MONATS

15 Mio.

So viele Euros sollten ursprünglich die Kosten für den Jahnplatzumbau betragen. Bereits 2021 wurde bekannt gegeben: Die Erneuerung wird 60% teurer als gedacht.

Nicht nur verschiebt sich die Fertigstellung des Umbaus, auch die Ausgaben schießen ein weiteres Mal in die Höhe: Um 1,5 Mio. Euro. 23,8 Mio Euro sind dabei das Resultat der erneuten Kostenexplosion. Auch Ende Juni als Termin für die Fertigstellung werde man nicht einhalten können. Verantwortlich für die Verspätung sei natürlich die Ukraine-Krise.

INNENSTADT IN NOT

Die Bielefelder Innenstadt verliert an Attraktivität. Nach einer Analyse des Marktforschungs-Instituts GfK bricht der Wert, der die Kaufkraft von außen bewertet, von 2019 auf 2021 um 13,8 auf 119,8 Punkte ein.

Rückgänge machen sich auch in der Kundenfrequenz bemerkbar, die zwischen 2019 und 2021 um 17,25 von 108.000 pro Woche auf 89.440 sank.

Damit steht Bielefeld auch im Vergleich zu Städten wie Paderborn und Münster schlechter da. Zwar litten diese ebenfalls unter Lockdowns, Impfnachweis-Kontrollen und Maskenpflicht, aber Bielefeld erwies dem hiesigen Einzelhandel mit der Jahnplatz-Sperrung und dem Altstadt-Verkehrsversuch in ohnehin schon schwierigen Zeiten



zusätzlich einen echten Bären-dienst.

Was für eine große Rolle die gute Erreichbarkeit mit dem Auto für das Überleben des Einzelhandels spielt, zeigt eine Vorlage des Bauamtes für die Bezirksvertretung Mitte und den Stadtentwicklungsausschuss des Rates. Bei der Zufriedenheit was die PKW-Erreichbarkeit angeht, schnitt Bielefeld nämlich vergleichsweise schlecht ab. Kein Wunder, 85% der Befragten gaben an mit dem PKW in die Innenstadt zu fahren.

BIELEFELDERIN VERPRÜGELT

Vor wenigen Tagen wurde eine 30-jährige Frau an der August-Bebel-Straße von einem fremden Mann angesprochen. Dieser prügelte der Frau unvermittelt ins Gesicht, entwendete ihre Handtasche und floh. Nach Angaben der NW war der Täter mit einem Messer bewaffnet und sprach „mit arabischem Akzent“.

Immer wieder werden Frauen Opfer von Überfällen und Prügelattacken in Bielefeld. Dabei weisen wir bei jeder Gelegenheit auf die benötigten Schutzmaßnahmen hin. Die Polizeipräsenz in Bielefeld muss sofort erhöht werden. Straffällig gewordene Migranten und Flüchtlinge gehören unbürokratisch und konsequent abgeschoben.

AfD-ANTRAG ABGELEHNT

Seit Beginn des sogenannten Ukraine-Kriegs leiden hier lebende Russen und Russlanddeutsche immer stärker unter den Folgen von Ausgrenzung und Diskriminierung. Recherchen des Südwestrundfunks bestätigen Angriffe auf russischstämmige Mitbürger. Die Direktorin der Universitätsklinik München schrieb in einer E-Mail an eine Beraterin: "Aufgrund der schweren Völkerrechtsverletzung durch den offenbar geistig gestörten Autokraten Putin lehnen wir ab sofort grundsätzlich die Behandlung russischer Patienten ab." Die Klinik bestätigte auf Rückfrage der Zeitung, 'Die Zeit' die Echtheit der E-Mail. In NRW wurde vor kurzem das Fenster eines russischen Lebensmittelgeschäfts beschädigt und weitere Scheiben mit Farbe beschmiert.

Das ist nur die Spitze des Eisbergs aus Anfeindungen, der von Schmähbrieffen über Beleidigungen und Übergriffe reicht. Aus diesem Grund forderte die AfD-Gruppe in der letzten Ratssitzung der Stadt Bielefeld in einem Ergänzungsantrag, dass sich das Gremium „unmissverständlich gegen jede Form der Diskriminierung und Ausgrenzung von in Bielefeld lebenden Russen und Russlanddeutschen“ wendet.

Ferner heißt es in dem Dokument: „Russen und Russlanddeutsche sind für die Handlungen der russischen Regierung weder verantwortlich noch sind sie für diese von wem auch immer in Kollektivhaftung zu nehmen.“ Die anderen Parteien lehnten den Ergänzungsantrag geschlossen ab.

WELCHEN EINFLUSS HAT DER UKRAINE-KRIEG AUF DEN BIELEFELDER SCHULALLTAG?

Die Folgen des Kriegs in der Ukraine wirken sich mittelbar auch auf Bielefeld aus. Das bekommt gerade ein 16 Jahre alter, deutsch-weiß-russischer Schüler aus Senne zu spüren, dem eine Vorladung zur Musterung in seinem osteuropäischen Heimatland zugestellt wurde. In dem Schreiben wird der Junge aufgefordert, sich in der Kommune Pinsk zur militärischen Begutachtung einzufinden. Sollte der Vorladung keine Beachtung geschenkt werden, drohen „Zwangsmaßnahmen“.

Das rief den Lehrer des Jungen auf den Plan: Den Bielefelder CDU-Politiker und ehemaligen Bundestagskandidaten Joscha Conze. Dieser bezeichnet die abweichende Meinung dreier russischstämmiger Schüler an seiner Bildungseinrichtung als „Parolen aus dem Staats-

fernsehen“. Nach eigenen Aussagen ging Conze gegen die Jungen sofort in die „verbale Offensive“.

Das wirft die Frage auf, wie ernst Lehrer ihre Neutralitätspflicht nehmen. Conze jedenfalls schwärmt, dass „die Schule diesem Erziehungsauftrag in dieser Ausnahmesituation nachkommen“ müsse. Das Schulgesetz des Landes NRW sieht allerdings vor, dass die Schule „ein Raum religiöser wie weltanschaulicher Freiheit“ sein soll. Sie muss „Offenheit und Toleranz gegenüber den unterschiedlichen religiösen, weltanschaulichen und politischen Überzeugungen und Wertvorstellungen“ wahren“. Außerdem stellt sich die Frage, ob Conze tatsächlich neutral aufklärt und diesen Konflikt differenziert vor seinen Schülern beleuchtet, oder ob er genau das tut, was er Teilen seiner

Schützlinge vorwirft: Nämlich Parolen aus dem (in diesem Fall deutschen) Staatsfernsehen zu wiederholen.

IMPRESSUM

AfD-Ratsgruppe Bielefeld
Niederwall 25
33602 Bielefeld

Vorsitzender:
Dr. Florian Sander

Kontakt:
presse.ratsgruppe@afd-
bielefeld.de

Titelgrafik:
Rathaus Bielefeld, Zefram GFDL,
creativecommons.org/licenses/by/
2.0/de

SANDERS STELLUNGNAHME

Der Haus- und Hof-Virologe der Bundesregierung, Christian Drosten, hat einem WDR-Bericht zufolge Anfang dieses Monats bezüglich der Corona-Entwicklung Mut gemacht und erfreulicherweise prognostiziert, Corona werde mit der Zeit immer mehr zu einem normalen Erkältungsvirus werden. Wohlgemerkt: Herr Drosten! Jemand, der wahrlich nicht im Verdacht steht, Querdenkern oder wem auch immer das Wort reden zu wollen. Omikron selbst zeigt ja schon durch seine deutlich milderen Verläufe und die nach wie vor, im Vergleich gesehen geringere Beanspruchung der Intensivstationen, wie absolut fehlgeleitet und durchweg verantwortungslos die politisch-mediale Panikmache aller Altparteien noch vor wenigen Monaten wirklich war. Diese haben abermals zur hypochondrischen Neurotisierung der Leute beigetragen. und jetzt haben diese Akteure nicht einmal den Mumm, das zuzugeben. Und das, obwohl es der Sozialdezernent, wie bei der letzten SGA-Sitzung deutlich wurde, angesichts der einrichtungsbezogenen Impfpflicht schon - und zwar zurecht! - mit der Angst zu tun bekommt, weil zu erwarten ist, dass viele im Gesundheitswesen sich diese medizinisch nicht begründbare Schikane nicht bieten lassen werden.

Doch jetzt kommt der Knaller: In einer Pressekonferenz erklärte Herr Lauterbach, es sei ja „sehr unwahrscheinlich, dass neue Varianten immer harmloser werden als die Varianten, die es gab“. Dafür gebe es „überhaupt keinen virologisch-epidemiologischen Grund“. Die Theo-

rie, die immer vorgetragen werde, dass das Virus dann irgendwann so harmlos sei, dass es „in ein Erkältungsvirus übergeht, das ist leider zu schön, um wahr zu sein, und hat wenig Fundament. Ist leider so.“ - so Bundesgesundheitsminister Lauterbach.

Fällt Ihnen etwas auf? Zwischen der Aussage des Regierungsvirologen Drosten und der des Regierungsvertreter Lauterbach besteht ein direkter, eklatanter, zum Himmel schreiender Widerspruch, der nur dadurch zu erklären ist, dass entweder einer der beiden sich komplett irrt oder aber bewusst lügt. Da ich bei aller Kritik an Herrn Drosten nicht sehe, wieso er das tun sollte, und da in der Regel ein Regierungspolitiker deutlich mehr Interesse daran hat, politische Narrative durchzusetzen als ein hauptberuflicher Arzt und Wissenschaftler, kann man hier also nur logisch schlussfolgern, dass offenkundig Herr Lauterbach bis hinunter zu den Parteien, die ihn politisch tragen, und den ihnen eigenen Medien, alles tun, um im Volk die Angst und damit die Grundlage für die Maßnahmen aufrecht zu erhalten.

Man bekommt in der Tat, und das gänzlich ohne jede Verschwörungslektüre, ohne „Bill Gates chippt uns alle!“-Theorien und dergleichen, den klaren Eindruck, dass diese politischen Parteien, dass diese Regierung, dass dieses Corona-Regime ein echtes Interesse daran hat, diese Maßnahmen aufrecht zu erhalten. Vielleicht nicht jeder einzelne Ratsherr, vielleicht auch



Ratsgruppen-Vorsitzender:
Dr. Florian Sander

nicht jeder einfache Abgeordnete, wohl aber die höheren Reihen. Warum, darüber kann man lange spekulieren: Weil sich dadurch bequem Opposition unterdrücken lässt, immer unter Verweis aufs Infektionsschutzgesetz? Weil dadurch vermeintlich „klimaschädliche“ Strukturen und Dynamiken dauerhaft lahmgelegt werden können? Weil Big Tech und Pharma sich so dumm und dämlich verdienen, und es ihr handfeste Interessensverstrickungen gibt?

Wer weiß, vielleicht spielt alles ein bisschen mit rein. Über eines müssen die Altparteiler sich angesichts dieser eklatanten Unlogik und all dieser Widersprüche in echter und vermeintlicher Information durch Regierungsvertreter und -berater nicht mehr wundern: Darüber, dass immer mehr Menschen dagegen auf die Straße gehen, dass Menschen wütend sind, dass Menschen ihre Freiheit zurück wollen. Freiheit, die nicht auf „Privilegien“ fußt, die ihnen irgendwelche fliegentragenden, panikmachenden Professoren gnädiger Weise zugestehen oder eben nicht zugestehen, sondern Freiheit, die auf **Grundrechten** basiert. Diese werden wir weiterhin für uns alle einfordern.

KOSTENLOSES ONLINE-ABO DER BLAUEN FAHNE?

Möchten Sie die Blaue Fahne **kostenlos** und digital abonnieren?
Senden Sie eine E-Mail, mit dem Betreff "Blaue Fahne" an:
presse.ratsgruppe@afd-bielefeld.de

